ICH BIN DAS VOLK

Wer über die politische Kultur der Schweiz nachdenkt oder schreibt, begibt sich am besten für eine Weile ins Ausland. Denn eng sind nach wie vor die intellektuellen Leitplanken, die in diesem Land das Feld der politischen Debatten abstecken, und viel zu leicht verfangen sich diese in den Fallstricken der Denk-und Sprachgewohnheiten, die Denkbares von Undenkbarem, Sagbares von Unsagbarem scheiden. Will man sich dagegen besonders wirksam wappnen, kann man den Gang über die Grenze mit einer Zeitreise in die Vergangenheit verbinden, und zwar eben nicht in die Schweiz, sondern ihrer europäischen Nachbarn. In meinem Essay suche ich darum zuerst Paris im Jahre 1864 auf und dann Edinburgh hundert Jahre früher, 1767, immer in der Absicht, von dort aus über ‚Bürger', ‚Volk' und ‚Demokratie', und das heisst auch: über schweizerische Verhältnisse des Jahres 2007 zu reflektieren.

Im Jahr 1864 publizierte ein anonymer Autor in Brüssel ein Buch mit dem Titel „Dialogue aux enfers". Der Verfasser dieses Textes hiess Maurice Joly und war ein Jurist, der sich als politischer Publizist einen Namen gemacht hatte. Das Buch erschien anonym, weil der streitbare Advokat als Gegner von Kaiser Napoleon III. bekannt war und sich vor Repression schützen wollte. Doch da die Polizei die Sendung seiner Bücher an der Grenze beschlagnahmte und schnell herausfand, wer die „Gespräche in der Unterwelt" verfasst hatte, wurde Joly zu 15 Monaten Haft und einer Busse verurteilt.

Das Buch mit dem seltsamen Titel ist seither in Vergessenheit geraten, und über seinen Verfasser ist so wenig bekannt, dass nicht einmal sein Geburtsjahr gesichert ist. Dass es sich dennoch lohnt, darin zu lesen, liegt an der literarischen Qualität dieser Schrift und an der analytischen Klarheit von Joly. Zwar ist uns die literarische Gattung des Totengesprächs heute nicht mehr vertraut, aber das Potenzial, das in ihr steckt, zeigt sich in Jolys „Dialogue". Zwei berühmte Männer begegnen sich in der Unterwelt und führen ein in 24 Dialoge gegliedertes Streitgespräch: Machiavelli und Montesquieu debattieren über Macht, ihre Handhabung und über Demokratie. Zwei grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen von Herrschaft und Staat prallen aufeinander.

Machiavelli erklärt dem Erfinder der Gewaltentrennung die Techniken der Machtergreifung und Machtausübung, welche ein Herrscher skrupellos, manipulativ und zynisch anwenden müsse, um sein Volk wirksam zu lenken. Montesquieu dagegen plädiert als aufgeklärter Theoretiker des modernen Staates für eine Staatsordnung, welche die Rechte der Bürger garantiert und schützt und sie in angemessener Weise an den politischen Entscheidungen beteiligt. Während der eine - im Interesse des Staates - die möglichst uneingeschränkte Ausübung von Macht durch einen Herrscher propagiert, argumentiert der andere für die Beschränkung und die Kontrolle staatlicher Macht durch ein System von Gewaltentrennung und Mitbestimmungsrechten der Bürger.

Im neunten Dialog dreht sich der Disput um die Frage, welche Funktion in dem von Machiavelli entworfenen Staat dem Volk zukomme. Zu seiner Ueberraschung erfährt Montesquieu von Machiavelli (der im Streitgespräch in der Rolle des Herrschers auftritt), dass dieser die Institution der Volksabstimmung für sich zu nutzen gedenke, und zwar

schon für die Machtergreifung:“Ich werde zunächst durch eine allgemeine Volksabstimmung den Gewaltstreich, den ich gegen den Staat geführt habe, legalisieren lassen“. Die von ihm allein ausgearbeitete Verfassung werde er ebenfalls dem Volk vorlegen:“Ich veranstalte eine allgemeine Volksabstimmung...und der erste Gebrauch, den ich davon mache, ist es, über meine Verfassung abstimmen zu lassen“. Kurz:“Die Volksabstimmung, aus der ich das Instrument meiner Macht gemacht habe, wird selbst Grundlage meiner Regierung sein“. Was Montesquieu mit der Feststellung quittiert:“Ich sehe, Sie sind auf dem besten Weg zum Absolutismus“.

Für das zeitgenössische Lesepublikum stand von den ersten Seiten an fest, dass mit dem Herrscher, von dem hier die Rede war, Napoleon III., der Kaiser von Frankreich, gemeint war. Denn Louis Napoléon war 1851 durch einen Staatssstreich an die Macht gekommen und hatte diesen von einer Volksabstimmung sanktionieren lassen. Auch die Grundsätze der Verfassung, mit der er Frankreich regieren wollte, waren durch ein Plebiszit genehmigt worden. Mit seiner schonungslosen Analyse qualifizierte Joly also das politische System des Second Empire als Despotie oder Diktatur, wie wir heute sagen würden.

Fast 150 Jahre später muss man sich fragen, was der vergessene französische Republikaner von 1864 uns heute zu sagen hat. Aber auch wenn wir glauben, die demokratischste aller Staatsformen entwickelt zu haben, sollten wir nicht auf Erkenntnisse verzichten, die in fremden Traditionszusammenhängen und unter anderen historischen Bedingungen formuliert worden sind. Besonders müsste uns Jolys scharfsinnige Anatomie der Macht zu denken geben. Denn seine erschreckende Einsicht, dass ein politisches System Elemente kombinieren kann, die sich auszuschliessen scheinen, nämlich autoritäre Herrschaft und plebiszitäre Volksbefragung, sollte uns nachdenklich stimmen, wenn nicht alarmieren. Die Einschränkung der politischen Debatte, die Missachtung oder Verhöhnung von Recht, die Manipulation der öffentlichen Meinung, die Diffamierung des politischen Gegners sind keine Besonderheiten des imaginären, sich auf Plebiszite stützenden despotischen Staates, wie ihn Machiavelli in Jolys Unterwelt beschreibt, oder eines autoritären Regimes, wie des Second Empire. Auch eine Demokratie wie die Schweiz birgt solche Gefahren und muss sie bekämpfen, will sie der Erosion begegnen, der auch Institutionen mit einer langen Vergangenheit ausgesetzt sind.

Während Jolys plebiszitärer Herrscher als janusköpfige Figur beides repräsentieren will, autoritäre Macht und demokratische Legitimität, so zeigt der ‚Bürger’, wie ihn die politischen Theoretiker aus der Gründerzeit der modernen Demokratie modellieren, ein anderes Gesicht. In einer ebenfalls weitgehend vergessenen Schrift aus dem Jahr 1767 entwirft ein anderer Intellektueller, der schottische Theologe, Hochschullehrer und politische Denker Adam Ferguson, das Profil des Bürgers in der Zivilgesellschaft, die sich damals abzuzeichnen beginnt.

Mit seinem Buch „Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ reagiert Ferguson seinerseits auf beunruhigende Zeiterfahrungen, nämlich die zunehmend arbeitsteilige Organisation der Gesellschaft und den Hang zu wachsender Unfreiheit, was er mit Sorge beobachtet. Gegen die sich abzeichnende „ commercial society“, wie er sie nennt, setzt er das Modell der„ civil society“. Diese ist von sozialen Gegensätzen und den

unterschiedlichen Interessen ihrer Angehörigen geprägt, kennt darum Spannungen und Auseinandersetzungen. Doch werden diese ausgetragen, mit Beteiligung ihrer aktiven Bürger, unter Respektierung der dafür vorgesehenen Verfahren. Fergusons Konzept einer Zivilgesellschaft beruht auf Vorstellungen von Bürgerfreiheit und einer demokratischen Staatsgewalt, die auf das politische Handeln mündiger Bürger vertraut. Wir tun gut daran, uns an diesen Entwurf zu erinnern, nicht um ihn zu verklären, sondern um ihn weiterzudenken.

Weder 1767 in Schottland noch hundert Jahre später in Frankreich waren nämlich die Unübersichtlichkeit der Verhältnisse und die Unsicherheit über den Lauf der Zeit grösser als heute. Es gibt darum keinen Grund, die erfahrungsgesättigten Perspektiven Fergusons und Jolys als utopische oder unrealistische Perspektiven abzutun. Denn beide entwerfen einen Horizont, dessen Verdunkelung uns teuer zu stehen käme. Das Schlechtreden politischer Gegner und eine permanente Nadelstichtaktik, das zynische Ausspielen von Macht und die Verkündung illusionärer Verheissungen erhöhen vielleicht Einschaltquoten und steigern Auflagezahlen. Doch zugleich beschädigen sie die in einer langen und keineswegs geradlinigen Geschichte entstandene Zivilgesellschaft, unsere einzige Garantin von offener Kommunikation, friedlichem politischen Streit und fairem Ausgleich von Interessen. Das kann sich auch die Schweiz nicht leisten.

Anmerkung: Dieser Text ist auch abgedruckt in: A. Gross, F. Krebs, F. Lautenschlager, M. Stohler, Fahrplanwechsel. Für mehr Demokratie und weniger Blocher. St. Ursanne (Editions le Doubs) 2007, 228 – 231. Die Zitate stammen aus: Maurice Joly, Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu, Hamburg 1948, S. 64ff. Für Anregungen und Kritik bedanke ich mich bei Caroline Arni, Zürich.